

Solidarität

Organ für die Interessen aller im graphischen Berufe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint alle vierzehn Tage Sonntags. — Preis vierteljährlich 50 Pfennig. — Anzeigen, die dreispaltige Zeilenbreite 20 Pfennig; Anzeigen, den Arbeitsmarkt betreffend, 10 Pfennig. — Sämtliche Postaufkallen sowie die Expedition, H. Aender-Str. 5 nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter Nr. 7149 im Post-Zeitungsregister.

Verband aller in Buchdruckereien beschäftigten Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Mittheilung des Verbandsvorstandes.

Zahlstelle Hannover. Als Vorsitzender wurde Kollege Wilhelm Sparkuhl, Dhestr. 8, gewählt, als Kassierer Kollege Wilhelm Hammer, Hagenstr. 50, II.

Zahlstelle Berlin II. Die Adresse des Vorsitzenden ist: Carl Wittig, Laufäckerplatz 12 bei Stephan.

Das Verbandsbuch Nr. 5801, ausgestellt in Dresden auf den Namen Hermann Max Wolf, geboren am 30. Oktober 1880, ist verloren gegangen. Und wird hiermit als ungültig erklärt. Die Orts-Druckereikassierer werden gebeten, das Buch bei eventuellem Vorzeigen einzubehalten.

Der Verbandsvorstand.

Unsere Arbeitsnachweise.

II. Zum Zusammenschluß.

(Zchluss.)

Zu dem in vorletzter Nummer besprochenen Thema, dem System des Kassierens der Beiträge, ließe sich noch Verschiedenes auführen, doch wollen wir hierzu erst die verschiedenen in Aussicht gestellten Artikel abwarten.

Als zweitwichtigste Institution nannten wir die Arbeitsnachweise. Hier ist nun das absonderliche, daß zwei verhältnismäßig kleine Organisationen jede einen Arbeitsnachweis für sich haben, welche beide gut funktionieren. Das ist eine erfreuliche Thatsache und kann man nur wohl verstehen, daß auf beiden Seiten Stimmen laut werden, die da fragen: wie wird das nachher, wird das auch dann noch gut klappen, wenn wir den Zusammenschluß vollziehen?

Hier werden wir, um zu einem Resultat zu kommen, einige Betrachtungen darüber anstellen müssen, was denn eigentlich die Ursache des guten Funktionierens ist.

Sicherlich — und darüber wird ein jeder klar sein — liegt dieses günstige Resultat nicht etwa daran, daß die beiden Arbeitsnachweise räumlich getrennt sind und doppelte Mieten kosten, doppelte Heizung, doppelte Telephongebühren und doppelte Bedienung erfordern. Nein, die wirkliche Ursache liegt in der für das Hilfspersonal dauernd günstigen Konjunktur. Die Prinzipale können die nötigen Arbeitskräfte nicht so heranziehen, wie es der jeweilig steigende Bedarf erfordert; unser Arbeitsmarkt weist zum Glück noch nicht die Reservearmee auf, die genügt, um allen Forderungen in der Hochsaison gerecht werden zu können.

Und die Folge davon ist, daß die Prinzipale nicht, wie es in anderen Berufen üblich ist, höflichst erjucht werden müssen, sich doch des Arbeitsnachweises der Organisation zu bedienen, sondern sie

kommen von selber, sie suchen den Arbeitsnachweis, wo die begehrten Arbeitskräfte noch am ehesten zu haben sind.

Das ist die Ursache, weshalb beide Arbeitsnachweise gut funktionieren und liegt es nicht daran, daß etwa jede Organisation glaubt, ihren Arbeitsnachweis besonders gut eingeführt oder gut eingerichtet zu haben oder gar, daß der ihre Nachweis besonders gut verwaltet wird.

Und deshalb resümieren wir dahin: Der Arbeitsnachweis beider Organisationen wird auch dann gut funktionieren, wenn ein Raum und ein Telephon benutzt wird und eine Person denselben verwaltet. Der Erfolg wird derselbe sein, aber die Kosten werden sich verringern.

Die Kosten spielen doch nun aber eine nicht zu unterschätzende Rolle. Betrachten wir einmal die jetzt aufgewendeten Summen. Die Zahlstelle I unterhält ihren Arbeitsnachweis, d. h. sie zahlt Miete incl. Heizung, Gehalt der Arbeitsnachweiserin, Antheil am Telephon, was eine jährliche Aufwendung von insgesammt 1110 Mk. bedeutet.

Die Zahlstelle II giebt für den gleichen Zweck jährlich 786 Mk. aus. Nun kommt noch der große Apparat der beiden Vorstände hinzu. Die Zahlstelle I mit 7 Vorstandsmitgliedern, Zahlstelle II mit 9 Vorstandsmitgliedern. Es kommen also noch die Entschädigungen für die einzelnen Aemter und für die Sitzungen in Betracht. Die Summen sind bei der ersten Zahlstelle ca. 220 Mk., bei der zweiten etwa 540 Mk. Ferner kommen die doppelten Ausgaben für Bücher, Druckfachen zc. in Betracht. Doch wollen wir davon absehen, hierfür eine bestimmte Summe, die da verloren geht, in Rechnung zu stellen. Nur auf den unnützen Verbrauch von persönlicher Energie sei hier hingewiesen. Wie oft ist ein Mangel an Lust und Liebe zur Annahme eines Amtes zu konstatieren. Ja, wenn ein solcher Raubbau mit den vorhandenen befähigten Kräften in den beiden Organisationen getrieben wird, daß um ein Böttchen von noch nicht 1000 Mitgliedern zu „bevorstanden“, 16 Personen auf den Beinen gehalten werden, da ist es doch kein Wunder, wenn stets nach geeigneten Personen gesucht werden muß.

Nach dieser kleinen Abschweifung wollen wir zu den angeführten Zahlen zurückkehren. Zusammen wird also jetzt das schöne Sämmchen von 2656 Mk. ausgegeben. Sollte für dieses Geld nicht bei einfacherer Verwaltung mehr und besseres zu erreichen sein? —

Und sicher kann das geschehen, wenn nur der gute Wille vorhanden ist. Man setze einen Vorstand ein, aus weiblichen und männlichen Mitgliedern bestehend.

Man miethe einen Raum. Um es billig zu haben etwa wie jetzt die Zahlstelle I. Womöglich ist da nicht nötig, die Kosten für das Telephon ganz allein zu tragen, indem man nur den zweiten Apparat zu bezahlen hat. Es braucht dabei natürlich nicht eine unangebrachte Sparsamkeit walten, etwa so, daß die Sache darunter leidet.

Ferner schaffe man einen Arbeitsnachweiser-

posten und den eines Kassenboten, so, daß die den ersten bekleidende Person den ganzen Tag im Arbeitsnachweis ist, nicht wie jetzt, nur halbe Tage. — Die weiblichen Mitglieder können vielleicht des Vormittags, die männlichen des Nachmittags auf dem Arbeitsnachweis anwesend sein. Das sind alles leicht zu treffende Einrichtungen.

Was das Wichtigste aber ist, man reorganisire das Einkassiren der Beiträge nach dem Vorbilde der Buchdrucker, wie im ersten Artikel angedeutet wurde. Die Vertrauensleute in den Druckereien haben die Beiträge Sonnabends entgegenzunehmen und zweckentsprechende Listen in alphabetischer Reihenfolge auszufüllen und im Mitgliedsbuche zu quittiren. Im Laufe der Woche werden die Listen, sowie die Beiträge, durch den Kassenboten abgeholt und am andern Tage durch die den Arbeitsnachweis verführende Person eingetragen. Das giebt eine glatte, ordnungsmäßige, durch eine Person zu schaffende Buchführung und bessere Massenverhältnisse, und das leidige Restiren wird bis auf ein Minimum beseitigt sein.

Dadurch wird dann auch mit Leichtigkeit die Mehreinnahme erreicht, die zu obiger Summe nötig ist, um den Kassenboten zu besolden.

Auch wird die Befegung der Posten keine Schwierigkeiten bieten. Es wird einzurichten gehen, daß beiden Organisationen genüge geschieht. Und gerade was die Befegung des Kassenbotenpostens anbelangt, wird die Zahlstelle II um eine geeignete Persönlichkeit nicht verlegen sein. Denn notwendig wird sein, daß es eine mit den Eigenheiten der verschiedenen Druckereien vertraute Person sein muß; und diese ist vorhanden. —

Und nun unbefangene an die Prüfung der Frage herangetreten. Wie die Dinge jetzt liegen, sind sie nicht gut. Darüber sind alle einig. Und wenn man das einsieht, dann erwächst auch die Verpflichtung etwas anderes, etwas Besseres zu schaffen. Das wird und das muß geschehen, zum Wohle des Verbandes.

G. E.

Zum Zusammenschluß.

Wiederholt ist an dieser Stelle in zustimmendem Sinne über den Zusammenschluß der beiden Berliner Zahlstellen geschrieben worden und wird es auch einem Gegner des Zusammenschlusses erlaubt sein, seine Ansicht zum Besten zu geben.

Zu den vorhergehenden Artikeln ist wiederholt darauf hingewiesen, daß in früheren Jahren seitens des Vorstandes der Zahlstelle II Versuche den Zusammenschluß der beiden Zahlstellen betreffend gemacht worden, allerdings sind dieselben gescheitert. Ich glaube, daß dies nur eine Privatangelegenheit des damaligen Vorstandes gewesen sein kann, denn soweit ich mich der Versammlungen entsinne und soweit ich die einzelnen Berichte durchgesehen, ist ein derartiges Projekt niemals verhandelt worden und hätte auch wohl nie die Zustimmung der Versammlung erhalten.

Doch dies nur nebenbei; nachdem diese Frage

akut geworden ist, hat man sich nur mit dem Für und Wider zu beschäftigen. Der Zusammenschluß der beiden Zahlstellen wäre als zweckmäßig zu bezeichnen, wenn bewiesen würde, daß beide dadurch einen für die Organisation in Betracht kommenden Vortheil hätten. Dies ist aber nicht der Fall; schon dadurch, daß die Mitglieder beider Organisationen in einer Versammlung zusammenkommen, würde für den Verband ein Nachtheil erwachsen. — Leider muß ich hier auf eine Angelegenheit zu sprechen kommen, die ich nur ungern berühre, aber um das Vorgelegte zu beweisen, ist dies notwendig. — Ich erinnere an die Oktobervorgänge; als damals der Verbandsbeitrag zu Gunsten des Organs erhöht werden sollte, entstand in beiden Zahlstellen ein ziemliches Hallo, in der Zahlstelle II wurde daselbst zweckmäßig bekämpft und ging die Abstimmung mit „Ja“ durch. In der Zahlstelle I war die Sache eine andere, da mußte erst durch Intervention der Öffentlichkeit die Angelegenheit geregelt werden. Daß nun die Sache zu Gunsten des Verbandes entschieden wurde, hat wahrlich seinen Grund nicht darin, daß beide Zahlstellen zum Verbands gehören, sondern daß beide getrennt sind. Wären die männlichen und weiblichen Gegner seiner Zeit in einer gemeinsamen Versammlung gewesen, so wäre entschieden ein anderer Beschluß zu Stande gekommen. Sollte nun die Anregung zum Zusammenschluß vom Centralvorstand ausgehen — was ich nicht bezweifle —, so bin ich seit überzeugt, hat sich der Centralvorstand sein eigenes Grab gegraben; denn wenn ein für den Verband wichtiger Beschluß gefaßt werden soll und die gemeinsame Zahlstelle Berlin will nicht so wie der Centralvorstand, so wird dieser mit seiner Anregung nicht durchkommen.

Dies wäre das, was den Centralvorstand betrifft. Doch auch die Zahlstelle II hat einen Vortheil nicht. Redet man jetzt von der Verbilligung der Verwaltungskosten, so redet man sich ganz gewaltig etwas vor. Für die Verwaltungskosten käme in Betracht der Arbeitsnachweis und die Entschädigung für die Vorstandssitzungen. Beide Organisationen haben einen Arbeitsnachweis, würde dieser zusammengelegt werden, was bei dem Zusammenschluß notwendig ist, müßte der gemeinsame Arbeitsnachweis ausgebaut werden. Derselbe könnte dann nicht mehr in einer Privatwohnung eingerichtet oder in einer Restauration geduldet sein, es müßte dann schon ein eigenes Bureau errichtet werden. Ob dieses sich in Zukunft billiger gestalten dürfte, als das jetzige Verhältnis, ist dem doch sehr fraglich. Ebenso steht es mit den Vorstandssitzungen; haben jetzt zwei Vorstände alle 14 Tage eine Sitzung abzuhalten, so wird bei der Verschmelzung ein Vorstand alle acht Tage eine Sitzung haben müssen. Es ist doch ganz klar, daß bei einer Mitgliederzahl von ungefähr 1000 mehr Arbeit sein muß, als bei einer solchen von 500.

Nun zur Beitragsleistung. Die Zahlstelle II zieht vom 1. Juli wöchentlich 40 Pfennige Beitrag ein, dafür erhalten die Mitglieder eine Arbeitslosenunterstützung, die ganz bedeutend gegen früher, bei 35 Pfennigen Beitrag, erhöht ist, freie Benutzung des Arbeitsnachweises, bei Todesfällen des Mitgliedes selbst oder der Frau oder Kinder ebenfalls eine Unterstützung, wird ein Kollege zum Militär eingezogen oder kommt auf Urlaub, so erhält er ein Geschenk; außerdem werden in ausgiebigstem Maße Extra-Unterstützungen gewährt. Was erhalten dagegen die Mitglieder der Zahlstelle I für 25 Pfennige wöchentlichen Beitrag? Eine Arbeitslosen-Unterstützung in sehr minimaler Höhe und freie Benutzung des Arbeitsnachweises und beide erhalten dann noch die Zeitung gratis. Weiter wüßte ich Unterstützungswege der Zahlstelle I nicht anzuführen. Geht nun die Verschmelzung vor sich, so ist ganz klar, daß die Mitglieder der Zahlstelle I kommen und sagen werden, wir gehören jetzt zusammen, nun wollen wir auch an den einzelnen Unterstützungen Antheil haben, wenn dieselben auch nur den Beiträgen entsprechend prozentual eingerichtet würden.

Nun behauptet Zahlstelle I ständig, sie arbeite mit Deutlichkeit; würde Vorhergesagtes eintreffen, was ohne Frage, so würde die Verschmelzung der beiden Zahlstellen auf Kosten der Mitglieder der Zahlstelle II vor sich gehen, denn diese müßten die Mehrbelastung der Klasse durch die Mitglieder der Zahlstelle I durch ihre Beiträge decken.

Wie man angesichts solcher Thatsachen, wie die H. S. Artfellschreiberin, behaupten kann, die Gründe gegen einen Zusammenschluß werden seitens des Vorstandes der Zahlstelle II von „wer weiß wo hergeholt“, ist mir unerfindlich.

Nun ist des Weiteren ausgeführt, daß die Mitglieder der Zahlstelle I höhere Beiträge nicht zahlen können; die Zahlstelle kann aber nicht existieren, da sie zu wenig Einnahmen hat. Dagegen gegenüber ist zu bemerken, daß die Mitglieder doch wohl für ihre Organisation eintreten werden, wenn sie sehen, daß dieselbe ihnen einen gewissen Rückhalt bietet. Die Zahlstelle II hat einen großen Theil Mitglieder, die bei einem wöchentlichen Verdienst von 18 Mk. 40 Pfg. Beiträge zahlen und auch noch eine Familie zu ernähren haben; die Zahlstelle I hat dagegen Mitglieder — und diese sind wohl nicht in geringer Zahl vertreten — die 16 und 17 Mark Wochenverdienst haben, aber alleine dastehen, mit ihrem Mann zusammen den Unterhalt heranschaffen. Nun ist die Frage die, ist der betreffende Kollege bei dieser Berechnung mehr belastet oder die Kollegin. Allerdings muß die Organisation auf einer anderen Grundlage aufgebaut werden; ich habe beispielsweise sehr häufig von Kolleginnen auf meine Frage, warum sie nicht in ihrer Versammlung waren, die Antwort erhalten, der persönliche Knack ist ihnen über. Alle persönlichen Streitigkeiten und Heibereien sind das Uebel eben, welches eine Organisation zurückbringt; das werden wir auch langjährige Mitglieder der Zahlstelle II, die verschiedene Vorgänge in früheren Jahren mit durchgemacht, bestätigen.

Hier ist notwendig einzusetzen und kann die Zahlstelle I nicht existieren und wollen die Mitglieder nicht mehr Beiträge zahlen, so ist der Centralvorstand da, der einen Ausweg schaffen muß, aber nicht in der Weise, daß er eine augenblicklich gutfundirte Zahlstelle damit dem Untergang nahe bringt.

Wäre seinerzeit die Gründung der Berliner Organisationen von dem Standpunkt ausgegangen, daß männliche und weibliche Mitglieder eine Organisation bilden, so wäre man heute bedeutend weiter und dies ist auch ein Vorwurf, der gegen diejenigen sich richtet, die damals den Kolleginnen eintredeten, sich alleine zu organisieren, heute rächt sich der dergestaltige Fehler schwer. Jetzt aber mit den Kolleginnen eine Organisation zu bilden, haben wir keine Ursache, denn des Streitens und Zankens wäre doch kein Ende. — 1e.

Zur Gutenberg-Feier.

In ganz Deutschland rüsten sich die Buchdrucker und die damit näherstehenden Berufswege zu einer denkwürdigen Feier des 500jährigen Geburtstages Johannes Gutenbergs.

In Mainz geboren, wo er seine großartige epochemachende Erfindung vollendete, wird diese Feier die Impulsanfänger sein, die jedenfalls von keiner Stadt Deutschlands übertroffen werden wird.

Anfänglich war das Fest nur im engen Rahmen und in mehr akademischer Weise geplant; allmählich wuchs aber die Begeisterung dafür derart, daß man beschloß, die Feier auch außen hin durch ein auf mehrere Tage sich erstreckendes Fest (23. — 26. Juni d. Js.) möglichst glanzvoll zu begehen. Vor allem soll ein historischer Festzug in großem Stil der Fuldigung das richtige, vollstimmliche Gepräge verleihen. Da zur Ausstattung dieses Zuges allein in der Bürgerschaft bereits 44 000 Mk. gesammelt worden sind, so verspricht derselbe großartig zu werden. Der Zug, der eine Halbtagung der großen Geister aller Zeiten und aller Kulturenationen für den großen Entfunder darstellen soll, umfaßt 40 Abtheilungen. Herren und Damen aus den besten Kreisen nehmen daran theil; ihre Zahl beträgt 1400. Außerdem wirken noch 1100 Statisten mit. 380 Mann Musiker

(darunter 80 zu Pferde), werden in etwa 21 historisch festgelegten Gruppen ihre Weisen ertönen lassen; ferner werden 40 Wagen, darunter 21 Prunkwagen, mitgeführt und etwa 700 Pferde dabei verwandt werden. Außer dem Festzuge sind in dem Programm noch eine akademische Feier und ein Kostümfest in der Stadthalle, ein Volksfest, ein großes Konzert und eine Rheinfahrt nach Bingen und Eltville mit Uferbeleuchtung vorgesehen. Ueber die Zeit des Festes hinaus bleibt eine große typographische Ausstellung bestehen, die in außerordentlich reichem Material die Entwicklung der Druckkunst von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, die graphischen Künste und die verschiedenen Zweige des Buchgewerbes zur Anschauung bringen wird.

Man sieht hieraus, was die Stadt Mainz, an der Spitze ihr Oberbürgermeister, der sich der Sache ganz gewidmet hat, zu leisten gedenkt. Und wir sind überzeugt, daß das Programm getreulich durchgeführt und in allen Erdtheilen der Welt mit Begeisterung entgegengenommen wird.

Gutenberg, dem man durch seine tüchtige Erfindung das stolze Wort: „Es werde Licht“ nachrühmt, der verdient es, daß man nach 500 Jahren nicht bloß seiner gedenkt, sondern daß man ihn als denjenigen feiert, der die Menschheit von der Dunkelheit, von der Unfreiheit und dem Sklavensinn, durch seine eigens erlundenen Typen zu befreien suchte.

Wohl dem Volke, das mit den Letztern Gutenbergs vertraut ist, es kann nicht so leicht betrogen werden, wohl dem Arbeiter und der Arbeiterin, die das gelehrte Wort in ihrem Interesse zu deuten wissen.

Nur diejenigen sind die Knechte des Kapitalismus, die in der Finsterniß herumlaufen.

Darum: Heil Gutenberg!

Versammlungen.

Buchdrucker.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer. Bericht vom 16. Mai. Als erster Punkt stand ein Vortrag des Herrn Walkotte — Rezitation von Gerh. Hauptmann's Drama „Die Weber“ — auf der Tagesordnung. Die gut besuchte Versammlung spendete dem Vortragenden reichlichen Beifall. — Bei Vereinsmittheilungen theilte Raiffini mit, daß für die Wahlen zum Innungsrichtersgericht die Kollegen Treder, Trunz und Jäbrig aufgestellt worden sind. — Die Berliner Prinzipale haben die an sie ergangene Einladung zur Gutenbergfeier angenommen. Zu der Jubiläumssfeier in Mainz wurden die Kollegen Raiffini, Giesecke und Michaelis delegiert. Letzterer erhält als Obmann des Innungs-Gesellenausschusses Reifeipien von der Innung. Sodann machte Raiffini Mittheilung, daß eine Sitzung des Centralvorstandes mit dem Correspondentredakteur und zwei Bauvorstandsmitgliedern stattgefunden habe, in der in voriger Versammlung angeregte Frage, betr. Stellung des Kollegen Rezhäuser gegen die sozialdemokratische Partei, zur Erörterung gekommen sei. Es sei eine Basis (?) geschaffen worden, wie in Zukunft gearbeitet werden soll und in welcher Weise die gegen den Verband geschleuderten Geschäftigkeiten abgewehrt werden sollten. Redner kommt nun auf einen im „Vorwärts“ enthaltenen Artikel zu sprechen und bezeugt es als unnothig, daß einzelne Sätze aus dem Artikel vom Kollegen Rezhäuser „Was dann“, veröffentlicht worden sind, ohne den Zusammenhang zu bringen. Hieran sind recht häßliche Bemerkungen geknüpft, die er zurückweisen müsse, wie überhaupt die Einmischung von anderer Seite in unsere Angelegenheiten. Es komme noch hinzu, daß Kollege Rezhäuser durch ein Eingefandt an den „Vorwärts“ eine Klarlegung seiner Stellung versucht hätte; die Aufnahme dieses Artikels sei aber abgelehnt worden. Kollege Faber schließt sich dem Redner an: Wenn man die Sache richtig betrachte, sei nicht Rezhäuser der schuldige Theil, sondern diejenigen, die so oft den Verband in der schmutzigen Weise angegriffen hätten. Auch sei das aus dem Zusammenhangstreten nicht genug zu tadeln. Redner wünscht den Bericht im „Vorwärts“ veröffentlicht. G. Eicher meint, daß die Stellungnahme des „Vorwärts“ doch erst eine Folge der Artikel sei, wir sie uns also selbst zuzuschreiben haben. Besonders Schuld daran haben auch die leitenden Personen, daß sie an den „Vorwärts“ keine Mittheilung gelangen ließen über die getroffenen Maßnahmen des Vorstandes. Derselbe schreibt ausdrücklich, daß er nur deshalb Stellung nehme, weil aus den Reihen des Verbandes kein Widerspruch erfolgt sei. Döblin wandte sich gegen die letzteren Ausführungen, da doch der anfängende, schuldige Theil eine Reihe von Parteiblättern sei. Die Anpassungen im „Vorwärts“ beweisen das „große Verständnis“ des betr. Redakteurs für das, was der Verband für die deutsche Gewerkschaftsbewegung geleistet habe. Die Kollegen Giesecke, Günther, Streckert und Wittner sprechen sich im Sinne Raiffini's aus. Kollege Wachs glaubt, wenn auch das Verbalten des „Vorwärts“ nicht gerade zu beschönigen sei, doch ein groß Theil Schuld auf unserer Seite liege. Die Artikel Rezhäuser's sind keine Abwehr der Beschimpfungen.

sondern eine scharfe Stellungnahme gegen die ganze Partei. Masini sagt in seinem Schlusswort, daß wenn auch Reichardt nicht das Richtige getroffen habe, so sei die Streitfrage doch allein Sache des Verbandes und jede Einmischung von anderer Seite überflüssig. Insbesondere seien die unständigen Angriffe des Centralorgans bedauerlich. Die Buchdrucker werden ihre bisher bewiesene Solidarität gegen die übrige Arbeiterkategorie auch weiterhin bezeigen, aber auch jeden unberechtigten Angriff energisch zurückweisen. G. E.

Dilfsarbeiter und Dilfsarbeiterinnen.

Gießen-Wiesed (verspätet). Am 5. Mai fand die regelmäßige Versammlung statt. In derselben wurden Kollege Karl Mandler und die Kollegin Margarethe Löwenstein neu aufgenommen; weitere Aufnahmen wurden zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Hierauf wurden durch den Kollegen Rau die Beiträge entgegengenommen und hierauf bezüglich beschlossen, daß die Beiträge in jeder Druckerei durch einen Kollegen ein- kasstrirt und dann in der Versammlung vom Kassirer entgegengenommen und im Mitgliedsbuch auch quittirt werden. Kollege Rau verpflichtet sich, von acht Mitgliedern die Beiträge einzusuchen, desgleichen Kollege Löwenstein von 5 Mitgliedern. Kollege Löwenstein sprach nun über die Verhältnisse in Wiesed. Dasselbe bleibt noch viel zu wünschen übrig, und kann es nur besser werden, wenn sich alle Kollegen und Kolleginnen der Organisation anschließen, denn bei 11- bis 12-stündiger Arbeitszeit werden Löhne von 10-15 M. bezahlt. Daß bei einem solchen Wochenverdienst auch bei den geringsten Anprüchen eine Familie erhalten werden kann, ist unmöglich, und muß durch seines Zusammenhalten ein der Zeit und den theuren Lebensmitteln entsprechender Lohn erzielt werden. Daß durch einmütiges Zusammenhalten etwas erreicht werden kann, beweis am besten das Vorgehen der Kollegen in einer Druckerei, wo die Bezahlung der gesetzlichen Feiertage in ganz kurzer Zeit erreicht wurde. Wenn auch in Gießen-Wiesed nicht viele Kollegen in Betracht kommen, so wollen wir doch versuchen, auch die Kollegen von Warburg, Grünberg u. dem Verband zuzuführen, damit auch dort die Verhältnisse besser werden. A. L.

Berlin (Zahlstelle II (Dilfsarbeiter). Versammlungsbericht vom 20. Mai. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls der vorigen Versammlung wird mitgeteilt, daß sich Kollege Georg Häbde krank gemeldet. Der Kollege A. Jacobs ist in der Druckerei v. S. wegen Trunkenheit entlassen worden; da er bei seiner dritten Aufnahme erklärte sich vorzuziehen, trotzdem aber in seinem alten Fehler verfiel, wird sein Ausschluss beantragt und angenommen. Die letzte Vertrauensmännerung war ebenfalls sehr gut besucht, leider konnten alle Sachen nicht erledigt werden. Am 25. Mai findet eine kombinierte Vertrauensmännerung statt, auf der Tagesordnung steht: „Verhinderung der beiden Berliner Zahlstellen“. Des Weiteren werden die Kollegen ersucht sich recht regen an der Entnahme des Sternwarte-Billets zu betheiligen. Am 2. Pfingstfeiertag veranstaltet der Gesangverein „Solidarität“ mit anderen Gesangsvereinen zusammen ein Frühkonzert, auch hieran möchten sich die Kollegen durch Billetpartie und -Entnahme regen betheiligen. In der am 13. Mai stattgefundenen graph. Kommissionssitzung wurde beschlossen, die Kommission so wie sie bestanden, weiter bestehen zu lassen. Eventuelle Streitigkeiten unter zwei Vorständen sollen, wenn sie nicht anders geschlichtet werden können, durch die Kommission in der Weise geregelt werden, indem die letztere die gesamten graphischen Vorstände zusammen beruft. In der Pflichtbilletsfrage hat der Vorstand dem Kollegen B. Jabrowsky ein Schreiben zugehen lassen, in dem er aufgefordert wird, bis zum 27. April seinen Verpflichtungen nachzukommen, event. erfolge sein Ausschluss. Diese Angelegenheit ruft eine längere, theils sehr erregte Debatte hervor. Kollege Zahns nennt noch zwei weitere Restanten vom Lot.-Anz. Kollege Aug. Schulze erklärt, daß thatsächlich nur 2 Kollegen im Lot.-Anz. Pflichtbillets entnommen haben; im Uebrigen müsse der Vorstand nachweisen, daß er in dieser Hinsicht seinen Verpflichtungen nachgekommen sei. Kollege Wittig klärt die Angelegenheit mit den Kollegen vom Lot.-Anz. in der Weise auf, daß augenblicklich nur die Billets bis zum letzten Wadenblatt in Betracht kommen. Er wendet sich gegen die Ansicht des Kollegen Schulze, daß die Vorstandsmittelglieder Pflichtbillets entnehmen müssen; dieselben stellen ihre Zeit und Kraft der Organisation zur Verfügung und seien daher nicht anders einzuschätzen. An der fortgesetzten Debatte betheiligen sich die Kollegen Falkenberg, Zahns, Aug. Schulze, der dem Vorstand recht geschmackvoll den Vorwurf macht, er läßt sich seine Sitzungen honorieren, Wittig, Bleich, Freese und Jabrowsky. Letzterer ist der Ansicht, daß dies keine Pflicht, sondern Zwangs-Billets seien (Als ob dies nicht dasselbe wäre. Schrift.). Von den Einnahmen erhält der Vorstand 90 pCt. Er erklärt den damaligen Generalversammlungsbeschluss, die Entnahme der Pflichtbillets betreffend als eine Unthunlichkeit, wir sollen mit ihm machen was wir wollen, er entnimmt keine Billets. Erfolge sein Ausschluss, so habe er Mittel in der Tasche und wird die Wege finden, seine Wieder- aufnahme zu erzwingen. Der Ausdruck Dummheit, sowie die Ansicht, daß von den Einnahmen 90 pCt. der

Centralvorstand erhält, des Weiteren, der Standpunkt des Kollegen überhaupt, wird von verschiedenen Rednern scharf geteilt. Schließlich lauten 5 Anträge ein, von denen der Antrag des Kollegen Münchberg, welcher den Ausschluss der Billetparties verlangt, mit 62 gegen 24 Stimmen angenommen wird. Des Weiteren wird noch mitgeteilt, daß die Billets ebenfalls noch mehrere Restanten sind; diese Mittheilung bringt zu Wege, daß ein Antrag Falkenberg mit 59 gegen 30 Stimmen angenommen wird, welcher befragt, den vorigen Beschluss aufzuheben. Hiernach wird ein Antrag Land-Nichter gegen 24 Stimmen angenommen, den Generalversammlungsbeschluss über die Entnahme von Pflichtbillets bestehen zu lassen. Damit ist die Angelegenheit erledigt und sind dem Vorstand weitere Maßnahmen überlassen. Der Kollege Durieux ist in voriger Versammlung ausgeschlossen worden, da er sich verschiedene Verstöße zu Schulden hat kommen lassen. Nach kurzer Debatte wird derselbe wieder aufgenommen. Event. Wohnungs- veränderungen sind dem Vorstand sofort mit- zuteilen, da es wieder vorgekommen, daß mehrere Briefe als unbestellbar zurückgekommen sind. Schließlich wird noch mitgeteilt, daß ein Kollege Kade ebenfalls erkrankt ist. Nach einer Pause von 15 Minuten werden 43 Kollegen mit den üblichen Worten willkommen ge- heißen. Hiernach verliest der Kassirer den Kassenbericht, derselbe ergibt eine Einnahme von 2176,46 M. und eine Ausgabe von 1546,33 M., so daß mit dem Vortrag vom Vorjahre von 4875,93 M., ein Bestand von 5506,06 M. verbleibt. Nach kurzer Debatte wird der Bericht von den Revisoren bestätigt und dem Kassirer Debatte erteilt. Der Bericht des Stellenausschüßers wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Es wird sodann einmütig beschlossen, den Bericht drucken zu lassen. Hiernach erstattete der Vorsitzende den Ge- schäftsbericht; nach diesem haben im letzten Geschäftsjahr stattgefunden 27 ordentliche Vorstandssitzungen, 15 außer- ordentliche Vorstandssitzungen, 31 Druckereiversammlungen, 6 Vertrauensmännerungen, sowie 6 kombinierte Sit- zungen. Versammlungen fanden statt: 4 ordentl. General- versammlungen, 6 außerordentliche Generalversammlungen und 2 Mitgliederversammlungen. Durch die rege Agitation, sowie durch die Mithilfe der Kollegen, ist die Mitglieder- zahl um ca. 250 geiegen, auch haben sich die Kassen- verhältnisse ganz bedeutend gebessert. Für die Mitarbeit der Kollegen spricht der Vorsitzende denselben im Namen des Vorstandes seinen Dank aus. Auch dem Vorstand wird Danksagung erteilt. Es werden sodann 17 Beitrags- restanten verlesen und beschlossen, diesen noch bis Witt- woch, den 23. Juni zum Zahlen zu lassen, andernfalls sie sich als ausgeschlossen betrachten können. Es folgt nunmehr die Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren. Unter Hinweis auf die Pflichtbillets-Debatte, speziell auf die Aeußerung des Kollegen Aug. Schulze, wollen die Kollegen Wittig und Bleich eine Wiederwahl nicht an- nehmen. Es entspinnt sich hier ebenfalls eine längere Debatte, die damit endet, daß das Verhalten des Kollegen Schulze mißbilligt wird und die Kollegen sich zur Ver- fügung stellen. Es werden gewählt: Als 1. Vorsitzender Wittig, 2. Vorsitzender Wähle, 1. Kassirer Stephan, 2. Kassirer Niedorf, erster Schriftführer Bleich, 2. Schrift- führer Grafzold, Beisitzer: Finzelberger, Weidich und Reinko. Als Revisoren werden gewählt: Richter, Stern- nigh und Rob. Schulze. Ein Antrag der Revisoren, Remuneration betreffend, wird gegen eine Stimme an- genommen. Danach sollen remunerirt werden: Der erste Vorsitzende mit 100 M., der 2. Vorsitzende 25 M., der 1. Schriftführer mit 75 M., der 1. Kassirer mit 50 M., der 2. Kassirer mit 20 M. und der Kollege Zahns mit 30 M. Nachdem noch eine Resolution, betreffend Sym- pathieerklärung für den Streik der Straßenbahnange- stellten angenommen, wird die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband um 6 Uhr geschlossen. B.

Hannover. Mitgliederversammlung vom 22. Mai. Die Versammlung, welche von 20 Mitgliedern besucht war, wurde um 9 Uhr vom Vorsitzenden eröffnet. Nach- dem das Protokoll verlesen und angenommen war, wurde zur Tagesordnung geschritten. Im Punkt 1 war außer der Aufnahme eines weiblichen Mitgliedes nichts weiter mitzutheilen. Hierauf verlas der Kassirer den Kassen- bericht, welcher sehr richtig befunden wurde. Kollege Hammer führt lebhaft Klage über die vielen Restanten, worauf ein vom Kollegen Teier gestellter Antrag, die Restanten in der nächsten Versammlung namhaft zu machen, angenommen wurde. Unter Verschiedenem er- bittet Kollege Thiel II Auskunft betreffs unseres Aus- fluges am Dimmelfahrtstage. Nach verschiedenen Vor- schlägen wurde der Ahlemerturm als Ausflugsort ge- wählt und die Mitglieder seitens des Vorsitzenden zu zahlreicher Betheiligung aufgefordert. Kollege Teier stellt den Antrag, der nächsten Mitgliederversammlung eine öffentliche Voranfrage zu lassen, welcher ebenfalls angenommen wurde. Weiter wurde noch über unser im Juli stattfindendes Sommervergnügen debattirt und die Vergnügungs-Kommission aufgefordert, sich in Zukunft frühzeitig nach vortheilhaften Plätzen umzusehen. Kol- lege II rügt das Verhalten eines Kollegen, der, an- statt am 1. Mai um 6 Uhr Abends zur Kassirer zu gehen, Ueberstunden machte. Mehrere Kollegen sprachen sich mißbilligend über das Verhalten dieses Kollegen aus, in der Meinung, daß ein organisirter Arbeiter wenigstens an diesem Tage die Ueberstunden beiseite lassen sollte.

Eine Entgegnung des anwesenden Kollegen vermochte sein Verhalten nicht zu entschuldigen. Es wurde ihm zum Schluss gerathen, in Zukunft den 1. Mai und seine Bedeutung etwas mehr hoch zu halten. Hierauf schloß der Versammlung um 10^{1/2} Uhr.

Berlin (Zahlstelle I. Bericht der Versammlung vom 30. Mai. Die Annahme des Protokolls geschieht mit einer Aenderung. Hierauf berichtet die Vorsitzende, daß bei Paß und Garleb das Hilfspersonal durch gemein- sames Vorfesthalten eine Lohnverbesserung erreicht hat, ebenso ist bei Sittenfeld eine Verbesserung zu ver- zeichnen. Durch eine Druckereiversammlung sind auch die Kolleginnen von Ashelm für unseren Verband ge- wonnen worden, die hiervon Anwesenden werden voll der Vorsitzenden mit den üblichen Worten begrüßt. Sodann wird über die Druckereiversammlung von Her- mann berichtet und die dort gefasste Resolution, welche das Verhalten der Kollegin Wien verurtheilt, verlesen. Letztere hält die Anschuldigungen gegen die Kommission aufrecht. Des Weiteren wird über die stattgefundenen Besprechungen, den Zusammenstoß der beiden Berliner Zahlstellen betreffend, berichtet. Ein endgiltiger Beschluss konnte jedoch noch nicht gefasst werden, weil erst eine Versammlung der Zahlstelle II, in der Kollegin Thiede über diesen Punkt referirt wird, abgewartet werden muß. Nach kurzer Diskussion wird ein Antrag, den Vorstand der Zahlstelle II zu ersuchen, die Versammlung, welche auf den 24. Juni feigelegt ist, früher einzurichten, einstimmig angenommen. Der dritte Punkt der Tagesordnung wird zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Die Versamm- lung beschließt hierauf, die Dampferpartie mit Müllf einzurichten. Kollegin Wien macht bekannt, daß von der Gesellschaft zum rothen Kreuz eine Heimstätte in der Jungfernhöhe errichtet worden ist, wodurch es kranten Personen ermöglicht ist, sich den Tag über im Freien aufzuhalten. Durch bedeutende Mittel ist die Gesellschaft in der Lage, ein Mittagessen für einen ganz geringen Betrag herzustellen, auch ist mit der Eisenbahnverwaltung ein Abkommen getroffen worden, daß bei Vorzeigung des Krankenscheines Wochenkarten, die für den ganzen Tag gelten, gelöst werden können. Vorläufig ist diese Einrichtung jedoch nur für männliche Personen getroffen, doch wird es das eifrige Bestreben der Centralkommission der Krankenkassen sein, auch für weibliche Personen etwas derartiges zu schaffen. Die Vorsitzende erucht alle die Mitglieder, welche noch im Besitze von statistischen Listen sind, dieselben umgehend an den Vorstand abzugeben. Schluß der Versammlung 11 Uhr. G. H.

Mainz. Nach längerer Pause, hervorgerufen durch den geringen Mitgliederbestand und sonstige ungünstige Verhältnisse, fand am 31. Mai wieder eine Versammlung der hiesigen Zahlstelle statt. War der Besuch auch kein guter, so ist doch zu konstatiren, daß eine entschiedene Besserung eingetreten ist, welche für die Zukunft zu den besten Hoffnungen berechtigt. Der erste Punkt der T.-O. wurde schnell erledigt, indem einige Neuaufnahmen voll- zogen und eine Anzahl weiterer Anmeldungen bekannt gegeben wurden. Hierauf wurde zur Neuwahl des Vor- standes geschritten. Vorgeschieden waren Mich. Hauschild als 1. und K. Suder als 2. Vorsitzender, E. Witt als Kassirerin, W. Gerner als Schriftführer und K. Welter- sein als Beisitzerin und wurden diese einstimmig gewählt. Nachdem noch die Bezahlung und Ablesung der Bei- träge dahin geregelt wurde, daß in jeder Druckerei ein Maschinenmeister das Einkassiren selbst befragt oder wenigstens überwacht und die Gelder monatlich ab- geliefert werden, wurde angeregt, daß in etwa 3-4 Wochen Sonntags eine Versammlung abgehalten werde, in welcher Frau Dr. David referiren soll. Auch der Wunsch nach einem gemeinschaftlichen Ausflug wurde laut, aber in Anbetracht der bevorstehenden Gutenbergfeier die Aus- führung desselben auf einige Zeit verschoben. — m —

Schriftgießer.

Berlin. Generalversammlung vom 29. Mai. Unter Vereinsmittheilungen wurde angeführt, daß die Nach- seierabendarbeit auf Vorschlag der Arbeiterausschüsse in denjenigen Sieherien, wo solche noch stattgefunden, ein- geschränkt worden sei. Auf der Konferenz der graphischen Berufe, welche aus § 16a des Bürgerlichen Gesetzbuches nur die eine Bestimmung: Entschädigung für Versäumnis bei Control-Versammlungen in Anwendung gebracht wissen wollte, hat der Schriftgießer-Vertreter dagegen ge- stimmt, weil ihm diese Forderung als eine zu große Lappalie erschien, gegenüber den zu gewärtigenden Aus- gleichsbedingungen. Die Schriftgießer-Prinzipale haben sich ja zugleich mit den Buchdrucker-Prinzipale für die Gewährung der Entschädigung erklärt. Die Versamm- lung empfiehlt jedoch, hierauf zu verzichten. Einen günstigen Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr der Schriftgießereien, Buchdruckerien und Buchdruck- Maschinen-Fabriken hat die Handelskammer gebracht. Der Export an Schriften betrug 9450 Doppelcentner im Werthe von 4092000 Mark gegen 186 Doppelcentner Einfuhr. Die Aktien-Gesellschaft vormals Schriftgießerei und Westinghousfabrik S. Verthold erzielte einen Ge- winn von 715992,99 M. Auffällig ist es, daß bei den reichlichen Abschreibungen für das Gros der Arbeiter nicht einmal die Kleinigkeit ausgegeben wird, die noth- wendig ist zur Errichtung der bundesrathlichen Bestim- mungen über hygienische Einrichtungen im Schriftgießerei- betriebe. Daß die Münchener Schriftgießer, die mit den

dortigen Stereotypen einen Verein bilden, nicht für die Verhinderung des Stereotyp-Kongresses gestimmt haben, wird von der Verammlung bedauert. Die Stereotypen, die ihren ersten Kongress abhalten, müßten untere Unterstützung erhalten. Was soll denn ein Kongress bedeuten, wenn nicht einmal eine Stadt wie München denselben beizieht. Jedenfalls müßten die Schriftgießer, die mit den Stereotypen zusammen Vereine bilden, auch daran denken, daß auch die Schriftgießer Kongresse abhalten.

Halbjährliche Kassenabrechnung: Besond am Schluß des vorigen Halbjahres Markt 10 390,42, Einnahme M. 1876,70, Ausgabe 896,05, Bestand am 31. März 1900 M. 11 661,07

Die freiwillige Invalidentasse hatte Einnahme incl. Bestand M. 1744,00, Ausgabe M. 780,00, Bestand M. 964,00.

Vorstandswahl: C. Verthahn, Vorsitzender, D. Naßmann, Kassierer, W. Bahlke, erster Schriftführer, R. Furtz, zweiter Schriftführer, S. Voigt, zweiter Vorsitzender, D. Rommel, G. Fischer, G. Bader, P. Jagasial, Beisitzer. G. R.

Rundschau.

„Arbeits-Auskunft für das Buchdruckgewerbe“. Dieien hochwichtigen Titel hat sich in Berlin, Alexanderstr. 26, ein Restaurateur zugelegt. „Vermittelt“ sollen Stellen werden für Gehilfen und Hilfsarbeiter, jedoch scheint es dem Betreffenden nur auf das sogenannte Einschreibegeld, welches für einen Arbeitstenden, der eine Stellung als Gehilfe annimmt, 1 M., für einen solchen, der sich mit einer Hilfsarbeiterstellung begnügt, 50 Pf. beträgt, und an die dort zu vergebenden Groschen anzukommen, denn den Nachtragenden wird gleich gesagt, man könne nicht garantieren, ob sie Arbeit bekommen. Daß die Organisationen mit diesem „Mittlerunternehmen“ nichts zu thun haben, ist wohl selbstverständlich; weß Greißes Kinder aber die dort Arbeitstenden sind, geht daraus hervor, daß man unterm Gewächsmann allen Ernstes versichert, zu einem tüchtigen Maschinenmeister gehöre nur ein vernünftiges Taschenmesser. Außerdem wurde diesem auch der Rath mit auf den Weg gegeben, daß es besser ist, wenn man Verbandsmitglied ist, denn — dann erhalte man die Arbeitslosenunterstützung u. a. m. Wir können nur bedauern, daß es Leute giebt, die auf so plumpe Geschäftskünste eines Einzelnen reinfallen, wo die Organisationen ohne „Einschreibegeld“ und mit Erfolg Arbeit vermitteln. Aus allem geht aber hervor, daß diese „Arbeits-Auskunft“ ein Paragraf in der Arbeiterbewegung ist.

„Eine Gesellschaft zur Aufhebung der Arbeiterkassier“ hat sich in Leipzig konstituiert. Die Geschäftsstelle befindet sich Uferstraße 8; Direktor ist ein Herr A. Dellstägel. Nachdem die in Berlin beabsichtigte Gründung auf Aktien mit großem Kapital, die den gleichen Zweck anstrebt, daran angeblich gescheitert ist, daß sie als Erwerbsgesellschaft antrat, haben die Leipziger für ihre neue Gesellschaft den Grundriss aufgestellt, daß in ihr ein „Schwundbündnis“ geschlossen werden solle, an dem Niemand verdienen, jedes Mitglied nur in eng beschränktem Maße zur Beiseher herangezogen werden dürfe und bei dem die Aufsicht von gewählten Mitgliedern im Ehrenamte ausgeübt werden müsse. Die neue Gesellschaft ist zunächst nur für die Metallindustrie gegründet, doch können sich nach § 10 der Satzungen auch andere Industrien anschließen. Diese haben dann besondere Gruppen mit eigener Kasse zu bilden. Die neue Gesellschaft soll, wie der Verband der Metallindustriellen auf ganz Deutschland ausgedehnt werden. Aufgenommen wird Jeder, der Arbeiter in seinem Betriebe beschäftigt und unbescholten ist. Die Beiträge sollen regulmäßig sein. „Ehrenvorstände“ der verschiedenen Landesheile sollen den Verkehr mit der Zentrale vermitteln, wenn es nötig sein sollte.

Es ist kaum anzunehmen, daß diese Gründung irgend welche Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung erlangt.

Sind Postsendungen pfändbar? Diese wichtige Frage hat das Reichsgericht in einer bemerkenswerten Entscheidung verneint. Eine Bank hatte an einen Herrn eine Forderung. Auf die Nachrichten hin, es solle diesem eine Geldsendung durch die Post ausgezahlt werden, erwirkte die betreffende Bank einen Pfändungsbeschluss, den das Postamt aber nicht respektierte. Darauf klagte die Bank gegen den Poststus auf Zahlung der betreffenden Summe und drang auch beim zuständigen Landgericht und Oberlandesgericht durch. Das Reichsgericht wies aber schließlich die Klage ab, indem es folgendes ausführte: Das Postamt hätte dem Pfändungsbeschluss nur durch einen Bescheid gegen die Unverpflichtet des Briefgeheimnisses nachkommen können. Denn um einen der Post zugestellten Pfändungsbeschluss so wirksam zu machen, müsse dem Gläubiger und dem Briefposthalter das Vorliegen von Sendungen an den Adressaten, dem die Pfändung geiste, mitgeteilt werden, und darin liege eine Verletzung des Briefgeheimnisses. Weiter sei es nach § 35 der Postordnung dem Abänder gestattet, über eine Postsendung so lange zu verfügen,

als sie noch nicht in die Hände des Adressaten gelangt sei. Der Abänder könne die Sendung sowohl zurückverlangen als auch ihre Adresse abändern: die Post gehe eben mit dem Abänder, nicht mit dem Adressaten an. Ein Pfändungsbeschluss ein. Deshalb könne auch ein Gläubiger des Adressaten ein Anrecht nicht geltend machen. Und wenn der Kläger erklärt habe, er habe nur mit seinem Pfändungsbeschluss beabsichtigt, daß das Geld nicht ausgezahlt werde, so sei auch dies bedenklich, denn wie lange solle wohl eine Sendung durch die Post zurückbehalten werden! Es sei daher die Klage der Bank abzuweisen gewesen.

Unter der Spitzmarke **„Reinigung der Krankenkassen“** giebt der „Vorwärts“ Kenntniz von einer Aeußerung eines Rathes im preussischen Handelsministerium, der Zentralbehörde für Krankenkassenwesen, über die kommende Vorlage zum Krankenversicherungsgeetze: „Bei der Regelung des Krankensens dürfte in weitgehendster Weise den Wünschen der Aerzte Rechnung getragen werden, zumal durch die vorgeschlagene andere Organisation der Kassen die Verhältnisse eine andere Gestalt annehmen. Diese neue Organisation soll folgende sein: Für den Bezirk einer Gemeinde wird nur eine Ortskrankenkasse errichtet, der alle im Bezirk der Kasse beschäftigten versicherungspflichtigen Personen angehören müssen. Die Betriebs-, Innungs- und Bau-Krankenkassen sind daneben gestattet. Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen die Beiträge zu gleichen Theilen und haben in der General-Verammlung das gleiche Stimmrecht. Die Verwaltung der Ortskrankenkasse wird an die Verwaltung der Gemeinde angegliedert. Der Vorsitzende der Kasse wird von der Gemeinde aus der Zahl der Kommunalbeamten ernannt.“ So sieht also der geplante Schlag aus gegen die „sozialdemokratischen“ Ortskrankenkassen!

Schon vielfach sind Kollegen und Kolleginnen von der sogenannten **„Kerperlin-Krankheit“** befallen, ohne von den Verzten ein sicher wirkendes Mittel dagegen erhalten zu können. Neuerdings empfiehlt eine Magdeburger Gesellschaft ein von ihr hergestelltes und von mehreren Verzten, darunter verschiedene hervorragende Namen, erprobtes Mittel, welches sie „Kastalan“ nennt. Selbiges ist in allen Apotheken zu haben, 50 Gramm 80 Pf. Näheres ist aus den in allen Apotheken erhältlichen Prospekten ersichtlich. Sollen Kollegen oder Kolleginnen günstige Erfolge erzielen, eruchen wir um Benachrichtigung.

Bei den Straßenbahnern gährt es weiter. Der Berliner Aushand hat die Kollegen in den Provinzialstädten aufgemerkt. In Halle wurde eine Straßenbahner-Delegation, in der Reichstagsabgeordneter Thiele reisiren sollte, polizeilich aufgehoit, wie vermuthet wird, um die Lohnbewegung im Keime zu erstickn. In Leipzig sind die Straßenbahner zwecks Erringung von Arbeitszeitverkürzung und Lohnübershöhung in eine Lohnbewegung getreten. In Erfurt verlangen die Angestellten M. 2,50 Anfangs-Tageslohn, mit den Nebenbezügen auf M. 3.— steigend, zur Führung der Nachwagen 40 Pf. pro Stunde sowie an jedem dritten Tage einen freien Tag. Bisher betrug der Lohn M. 2,10 bis M. 2,50 und die Arbeitszeit darunter von 6—11 Uhr. In Hannover hat die Straßenbahndirektion durch Maßregelung von 31 Angestellten wegen Theilnehmung an einer Lohnbewegung die Situation verdirrt. In Karlsruhe ist durch Vermittelung des Gewerkegerichts — Vorsitzenden Dr. Boeck ein für die Angestellten sehr magerer Vergleich zu Stande gekommen, nachdem zahlreiche Arbeitswillige den Stand der Bewegung ungünstig beeinflusst hatten. Die Angestellten mußten den Dienst unter den von der Direktion bereits früher zugefügten Bedingungen aufnehmen, nur bezüglich des Straffsystems wurden ihnen Erleichterungen verprochen.

Einen Schmalkoch bereiten die Elberfelder Färbereibesitzer vor, indem sie sämtliche dortigen Färbereiarbeiter am 31. Mai aussperrn wollten, wenn die Streikenden bis dahin nicht zur Arbeit zurückgekehrt sind. Die Verwirklichung dieses Vorhabens dürfte nur dazu dienen, die Solidarität der deutschen Arbeiterchaft auf's Höchste anzuspannen.

In Leipzig stehen die Bäcker im Streik, nachdem die Innungsmeister jedes Entgegenkommen verweigerten. In 38 Betrieben sind die Forderungen bereits bewilligt. Die seitens der Meister verbreitete Nachricht von der Vernichtung des Ausstandes ist unwar und bezweckt nichts Anderes, als eine grobe Täuschung der Arbeiter.

Literarisches.

Im Verlag von J. G. W. Dietz Nachf. ist soeben Heft 21 und 22 des **„Arbeiterrecht“** von Arthur Stadtbagen, Mitglied des Deutschen Reichstags, erschienen. Dem Werte direkt angeschloffen ist der **„Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch“**. Mit vielen Beispielen und Formularen für Klagen, Anträge und Beschwerden usw. Vorkommnisse nehmen alle Buchhandlungen und Kollportiere entgegen.

Die illustrierte Welt der Gründungen. Eine geschichtliche und technische Darstellung aller Erwerbs- und Produktionszweige, unter besonderer Berücksichtigung der heutigen Technik und Großindustrie, sowie des heutigen

Weltverkehrs. Unter Mitwirkung namhafter Fachmänner herausgegeben von J. G. Vogt. In wöchentlichen Lieferungen zu 10 Pf. oder in Heften zu 50 Pf. Verlag von Ernst Dieck Nachf., Leipzig. Lieferung 61—75. (Heft 15).

Durch unsere Expedition sind zu beziehen: **„Neue Kunstblätter in Kupferabdrück“.** Der große Beifall, den die zu Weibachener erschienenen Kunstblätter Marx und Engels gefunden haben, hat die Buchhandlung Vorwärts in Berlin veranlaßt, die Portraits von Bebel, Liebknecht und Singer in Kupfer-Abdrück auf China-Papier folgen zu lassen, und zwar um ihnen eine allgemeine Verbreitung zu sichern, in kleinerem Formate, nämlich 53 : 40 Centimeter zum Preise von 1,50 M. pro Blatt.

Der beispiellos billige Preis dieser meisterricht ausgearbeiteten Kunstblätter ist natürlich nur bei Massenabzäh möglich.

Briefkasten.

An die Vorhände resp. die Schriftführer richten wir wiederholt das Ersuchen, die Eigennamen und die Wohnungen in den Verammlungsberichten immer recht deutlich zu schreiben, da es vorgekommen ist, daß durch unbedeutliches Schreiben Druckfehler entstanden sind und eine Berichtigung dem Betreffenden sowohl als auch der Redaktion unangenehm ist.

Verband der Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen v. Ortsverwaltung Berlin. — Zahlstelle II. (Hilfsarbeiter.)

Sonntag, den 10. Juni 1900, Nachmittags präz. 1½ Uhr, in den **„Arminhallen“**, Kommandantenstraße 20, großer Saal:

● Außerordentliche Generalversammlung ●

Mitgliedsbuch legitimirt!
Tages-Ordnung: 1. Verschmelzung der beiden Berliner Zahlstellen Meierent: Kollegin Paula Thiede, Verbandsvorsitzende Korrektor: Kollege Carl Wittig, 2. Diskussion und Beschlußfassung, 3. Verschiedenes.

Kollegen! Da diese Versammlung wohl die wichtigste seit Beirathen der Zahlstelle II ist, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

NB. Nach der Verammlung findet ein allgemeiner Besuch der Treppower Sternwarte, verbunden mit Vortrag und Vorführung von Lichtbildern statt und werden die Kollegen erucht, sich rege an demselben zu beteiligen. Eintrittskarten zur Sternwarte sind beim Kollegen Stephan, Lausitzerplatz 12 und in der Verammlung zu haben.

Die Adresse des Vorsitzenden ist jetzt: Karl Wittig, Lausitzer Platz 12 bei Stephan.

Die gewöhnliche Juni-Verammlung findet am Sonntag, den 24. d. Mts., Nachm. 1 Uhr, im **„Königshafen“** Kasino, statt. Tagesordnung in nächster Nummer. Der Vorstand.

Berein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister.

(M. d. B. D. B.)
Dienstag, den 19. Juni 1900, präz. 9 Uhr Abends in Cohn's Festsaal, Bruth-Str. 21

● Vereinsversammlung ●

Tagesordnung: 1. Aufnahmen, 2. Vereinsmitteilungen, 3. Technisches, 4. Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch bittet. Der Vorstand.

Berein der Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer.

Mittwoch, den 13. Juni 1900, Abends 9 Uhr:
Vereins-Versammlung.

im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37.
Tagesordnung siehe Mitteilungen.
Die verehrlichen Mitglieder werden erucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Verein der Arbeiterinnen an Buchdruckschnellpressen.

Nachruf!

Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß am 30. Mai unsere liebe Kollegin

Emilie Mohius

gestorben ist.

Leicht werde ihr die Erde!

Der Entwurf einer monatlich erscheinenden zeitgemäßen

„Fachzeitschrift“

Offertenblatt mit ausgeüht vornehmen, taustkräftigen Leserkreis — reiches, dankbares Feld für Annoncen — ist wegen schwerer Krankheit sehr billig zu verkaufen. Alles Nähere sub **J. K.** hauptpostlagernd Karlsruhe 1. B.